Femme Fiscale

Pressemitteilung 12. Jänner 2018

Femme Fiscale: Diese Regierung bringt Kälte

UTl.: Familienbonus ist Bonus für Reiche und Malus für Arme – Regierung lässt Fakten verschwinden

Femme Fiscale beteiligt sich an den Protesten gegen die ÖVP/FPÖ-Regierung, da diese soziale Kälte und Unsicherheit ins Land bringt. Mit einem Kältethermometer wird die Femme Fiscale die Maßnahmen der Regierung bewerten und die auf die Menschen zukommende Kältewelle messen. Das Regierungsprogramm zeigt klar, dass es nach unten geht.

Aktuellstes Beispiel ist der sogenannte Familienbonus, der keiner ist. Femme Fiscale argumentiert, es ist nur ein Bonus für Besserverdienende – aber auch das nur auf den ersten Blick – und ein Malus für Arme, die leer ausgehen. Kinder, die in ärmeren Familien aufwachsen und mehr Unterstützung bräuchten, bekommen nichts. Das entlarvt die angebliche Familienpartei ÖVP, die damit klar zeigt, dass ihr eben nur manche Kinder etwas wert sind.

Unehrliche Argumente

Die Argumente der Regierung sind bestenfalls scheinheilig. So meint der Finanzminister, dass nur jene in den Genuss des Bonus kommen sollen, die auch Steuern zahlen. Das ist irreführend und unehrlich: Der Beitrag an Steuern und Abgaben vom Gesamteinkommen ist im unteren Einkommensbereich fast gleich hoch wie oben. Gemessen am Gesamteinkommen (der Erwerbstätigenhaushalte) gehen im unteren Einkommensdrittel rund 43% des Einkommens in Form von Abgaben an den Staat, im obersten Einkommensdrittel sind es rund 46%. Das zeigt eine Publikation des Sozialministeriums – Umverteilung durch die öffentlichen Haushalte in Österreich – deutlich. Diese Publikation ist aber seit kurzem von der Website des Ministeriums verschwunden. Wohl nicht zufällig, denn damit wäre klar, dass die Argumentation der Regierung unehrlich ist.

Regierung wählt bewusst eine ungerechte Maßnahme - soziale Unsicherheit steigt

Der Schaden und Verlust dieser Maßnahme ist aber für alle groß: 1,5 Milliarden Euro stehen damit – Jahr für Jahr – nicht mehr für öffentliche Leistungen zur Verfügung. Dabei würden von einem Ausbau der Kinderbetreuung und den dringend nötigen Investitionen in Schulen und Schulbildung wir alle mehr profitieren.

Zugleich soll die Familienbeihilfe für im Ausland lebende Kinder von MigrantInnen gekürzt werden – ein Schlag ins Gesicht der 24-Stunden-Pflegerinnen aus unseren EU-Nachbarländern.

Die Streichung der Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten und die gleichzeitige (unkonkrete) Ankündigung der Regierung, den Alleinverdienerabsetzbetrag – der Anreize für Frauen darstellt, zu Hause zu bleiben – zu erhöhen zeigt, wohin die Regierung will: Frauen an den Herd, das Geld in die Hand der Männer.

** „Femme Fiscale“ ist eine Initiative von Gruppen und Netzwerken, die sich für geschlechtergerechte Steuer- und Budgetpolitik einsetzt. Mit dabei sind unter anderem FeministAttac, Attac, Frauenring, Plattform 20.000 Frauen, Katholische Frauenbewegung Österreichs, Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen, WIDE, Watch Group. Gender und öffentliche Finanzen.*

Für Rückfragen:

Elisabeth Klatzer, Tel.: 0650 5050565, elisabeth.klatzer@gmx.net